

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**47. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015**

**(16.00 Uhr bis 23.13 Uhr)**

7.1 Stadtbahnverbindung Ginnheim - Bockenheim .....	72
Bericht des Magistrats vom 24.07.2015, B 292	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 03.12.2015, NR 1332	
<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 16.12.2015, NR 1339	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 17.12.2015, NR 1343	
7.2 Ringstraßenbahn.....	72
Bericht des Magistrats vom 19.10.2015, B 381	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 01.12.2015, NR 1326	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 03.12.2015, NR 1332	
<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 16.12.2015, NR 1339	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 17.12.2015, NR 1343	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 4 vom 03.11.2015, OA 688	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 10 vom 01.12.2015, OA 697	
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	72
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE: .....	74
Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.: .....	76
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	77
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	80
Stadtrat Stefan Majer: .....	81
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	84
Stadtrat Stefan Majer: .....	86
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE: .....	87
8. Die ABG auf den Boden ihrer Satzung zurückholen .....	88
Antrag der LINKE. vom 17.11.2015, NR 1317	
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	88
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	91
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	92
9. <b>Sofortiger Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen</b> .....	93
Antrag der LINKE. vom 15.10.2015, NR 1298	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 17.12.2015, NR 1344	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 17.12.2015, NR 1346	
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	93
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>95</b>
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	97
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU: .....	99

Stadt sein sollte. Aber wenn die Mehrheit das so möchte.

Und nun möchte ich den Bogen zum Winterabschiebestopp spannen: Ich habe die Situation in den südeuropäischen Ländern beschrieben, die von der Bankenkrise betroffen sind. Unser Antrag zum Winterabschiebestopp fordert, dass besonders schutzbedürftige Menschen im Winter nicht abgeschoben werden dürfen. Das ist eine Entscheidung der Stadt Frankfurt, die im Ermessensspielraum der Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt liegt, die dem Ordnungsdezernenten untersteht. Deswegen können wir diesen Antrag im Stadtparlament einbringen. Sie warten eine Weile ab, bis der Winter in den Frühling übergegangen ist - jedenfalls wenn man nach draußen sieht -, und bringen dann einen weich gespülten Antrag ein, in dem steht, das Land Hessen möge bitte ganz lieb sein und niemanden abweisen. Das ist aber doch Sache der Stadt Frankfurt.

Parallel dazu twittert die Grüne Jugend, ich zitiere: „So dürfen ABG und Polizei nicht handeln.“ Doch, das tun sie aber und die grüne Elternorganisation im Stadtparlament macht es ebenso. Frau Purkhardt hat in ihrem Artikel auf der Webseite der GRÜNEN im Nordend als Schlusssatz geschrieben: „Mittlerweile war es 24 Uhr und es war sehr kalt.“ Tatsächlich ist es sehr kalt in Kaltland, wenn Geflüchtete auf einmal durch das soziale Netz fallen, wenn ihnen gesagt wird, doch unter der Brücke zu schlafen und sich ausrauben zu lassen oder zurückzugehen, wo sie hergekommen sind. Wir können nicht zulassen, dass diese Menschen durch das soziale Netz fallen. Es gibt eine Lösung. Es gibt sehr engagierte junge Menschen, die eine praktikable Forderung haben, nämlich leer stehende Gebäude der ABG Frankfurt Holding - ein leer stehendes Gebäude würde schon reichen - zeitweise zur Verfügung gestellt zu bekommen, insbesondere im Winter.

Wir brauchen jetzt einen Shelter. Ich bitte Sie, morgen um 16 Uhr in die Kleyerstraße zu gehen, um sich dort noch einmal mit den Protagonisten zu unterhalten. Sie gehen auf Sie zu und suchen den Dialog. Es sind keine Kriminellen, sie brauchen unsere Unterstützung.

Danke sehr!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Kliehm! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth. Bitte!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen Guten Abend!

Ich glaube nicht, dass man in diesem Raum noch irgendjemandem erzählen muss, warum die Lage der Geflüchteten katastrophal ist. Entweder wissen Sie es oder Sie wollen es nicht wissen. In beiden Fällen kann ich nichts mehr dazu beitragen. Deswegen mache ich es anders.

Ich will erst einmal sagen, dass ich den Antrag NR 1346 der LINKE.-Fraktion prima finde, auch weil er sich auf einen guten Antrag aus dem Ortsbeirat 3 bezieht, bei dem alle zusammengewirkt haben - so weit ich gehört habe, waren es alle und natürlich auch ÖkoLinX-ARL. Das ist sowieso klar. Weil ich krank war, habe ich diese Besetzung sozusagen nur am Telefon mitbekommen. Ich habe über vier Stunden versucht, mit meinen Möglichkeiten zu helfen und zu unterstützen, um dann doch relativ hilflos mitzuerleben, dass mit Knüppeln und Gas und mindestens einem extrem aggressiven Schäferhund gegen die Aktivisten vorgegangen wurde. Ein Polizist hat sich den Spaß daraus gemacht, den Hund immer wieder Leute anspringen zu lassen, was auch mit Maulkorb eine ziemlich unangenehme Sache ist. Und ob man Leute in einem Hinterhof, die völlig ruhig sind, überhaupt nicht angreifen oder irgendetwas Böses tun, rausknüppeln und mit Gas besprühen muss, ist eine andere Sache. Fakt ist, dass die AGB und der Frankfurter Magistrat zuständig und verantwortlich sind.

(Zurufe)

Das ist doch völlig Wurst. Das macht jetzt den Unterschied aus - ob ABG oder AGB ist doch völlig Wurst. Der Geschäftsführer heißt Junker und dieser Herr Junker war da. Er hat

sich auf keine Verhandlungen eingelassen, wir haben es versucht. Manfred Zieran von ÖkoLinX-ARL war auch da und hat miterlebt, dass Herr Junker alles abgewimmelt und so wunderbare Sachen gesagt hat, wie die ABG tue doch in Frankfurt schon genug für Flüchtlinge, und die Besetzer seien, er hat nicht kriminell gesagt, aber Worte oder Umschreibungen, die ziemlich dicht daran waren. So war sein Verhalten, nicht die geringste Form von Verhandlungsbereitschaft war vorhanden.

(Zurufe)

Herr Cunitz war natürlich nicht vor Ort, ist aber Aufsichtsratsmitglied und zuständiger Dezernent. Er ist nichts anderes mehr, als ein grüner Investorenknecht.

(Zurufe)

Unser Oberbürgermeister Peter Feldmann ist ein ganz besonderes Schätzchen, ein Mann, ...

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Frau Ditfurth!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Ja, Herr Siegler, ich weiß, Sie sind Polizist und dann kommen alle Reflexe wieder auf.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Frau Ditfurth, hier oben rede ich. Für das Wort „Investorenknecht“ rüge ich Sie. Sie brauchen das scheinbar, Frau Ditfurth. Sie haben wieder das Wort.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Bevor er in das Amt gewählt wurde - ich meine den Mann hinter mir -, hat er überall in den Zeitungen verkündet, dass er es selbst mit mir aufnimmt. Offensichtlich hat er ein Problem mit seinem Selbstwertgefühl. Des-

wegen müssen solche Interventionen immer wieder sein.

(Zurufe)

Jetzt komme ich zu Herrn Feldmann, die CDU kann einen Moment durchatmen.

(Zurufe)

Der entzückende Peter Feldmann ist der Mann mit dem ewigen Lächeln und den vielen Versprechungen. Wenn ich heute Abend bei den verschiedenen Tagesordnungspunkten und Ihren Scheinstreitigkeiten zuhöre, muss ich manchmal grinsen, weil ich mich frage, warum derzeit eigentlich keiner mehr eine Wette annimmt, dass es nach den Kommunalwahlen auch wegen der starken rechten, rechtspopulistischen und faschistischen Listen, die es geben wird, eine Viererkombi geben wird - ich biete diese Wette an und keiner will sie annehmen. Man streitet sich jetzt aber, um die Vielfalt zu behaupten. Leider fällt auch die Linkspartei darauf herein, wenn Herr Oesterling sagt, Rot-Rot-Grün wird es geben. Nein, liebe Leute, das ist nur der Versuch, eure Wähler zur SPD herüberzuziehen. Aber vielleicht merkt ihr es noch.

Also, zur ABG Frankfurt Holding ...

(Zurufe)

... und zum Project Shelter: Dieses Projekt finde ich genau wie Teachers on the road ganz großartig. Im Moment merkt man, die einen sollen - das zeigt die Räumung - kein würdiges selbstverwaltetes Haus bekommen, auch wenn es leer steht und es niemand braucht, wie so viel anderer Wohnraum und Büroraum in Frankfurt. Sie sollen es einfach nicht bekommen - keine Würde und keine Selbstbestimmung. Andererseits sehen wir jetzt in der Zeitung, wie dieses großartige Zentrum auf dem Neckermann-Gelände aussieht. Oh, keine Feldbetten mehr, dafür Doppelstockbetten aus Metall. Hat jemand von Ihnen schon einmal in einem großen Raum mit 50 Doppelstockbetten aus vorwiegend Metall geschlafen? Wie ist das wohl akustisch?

(Zurufe)

Aber es soll auch so sein. Ich glaube, dass es Absicht ist, dass man keine Flüchtlingsquartiere haben will, die in einer Art sind, in der Menschen einigermaßen würdevoll leben können, und zwar deswegen nicht, weil man Angst hat, dass einem die eigenen Wähler davonlaufen, weil sie sagen, den Flüchtlingen geht es viel zu gut. Das heißt, dieser Neid, diese Missgunst und diese Projektionen müssen bedient werden. Deswegen soll es weder selbstverwaltete noch würdige Unterbringungsmöglichkeiten unter der Fuchtel des Staates und der Stadt geben.

Morgen gibt es für diejenigen unter Ihnen, die bei dem Thema noch nicht völlig abgedriftet sind, die Möglichkeit, um 16 Uhr in der Kleyerstraße 15-17 im Café HoRsT die Leute von Project Shelter zu treffen. Die sind nämlich in einer geradezu rührenden Weise immer noch bereit, mit Ihnen in den Dialog zu treten. Ich verstehe es fast gar nicht mehr, aber ich will die Einladung gerne weitergeben. Ich kann nur sagen, dass ich auf die nächste Hausbesetzung hoffe, die dann so viel Unterstützung bekommen wird, dass es auch ein Herr Juncker nicht wagen wird, eine Strafanzeige zu stellen, sich ein Herr Feldmann getrieben fühlen könnte, einmal aus den warmen Räumen, in denen er sonst ist, vor Ort zu erscheinen und vielleicht auch Herr Cunitz vorbeikommt und sich die Situation direkt anschaut, diesen Konflikt mitbekommt und nicht nur kneift und machen lässt. Also, ein selbstverwaltetes Geflüchteten- und Migrantenzentrum in Frankfurt wird unsere Unterstützung haben.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Paulsen von der GRÜNE-Fraktion. Bitte!

**Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:**

Herr Vorsteher,  
meine Damen und Herren!

Frau Ditfurth, wozu haben Sie geredet?

(Heiterkeit)

Ich bin überrascht, wir reden über ein ernstes Thema. Ich will jetzt einmal versuchen, es ein bisschen historisch einzuordnen. Was wir im Moment in der Politik erleben, ist ein richtiger Paradigmenwechsel - in der Bundespolitik, in der Landespolitik und in den Kommunen genauso.

(Beifall)

Alle gesellschaftlichen Kräfte - ich lasse jetzt einmal rechts außen und halb rechts weg - sind in einem Prozess, in dem sie versuchen, mit einer welthistorischen Situation umzugehen, die wir hier so noch nicht gehabt haben.

(Beifall)

Ich finde, das verdient ein unglaubliches Maß an Anerkennung, auch wenn man über die Wege streiten kann. Aber hier die Feldbettnummer abzuziehen, ist einfach lächerlich, Frau Ditfurth. Ich kann es nicht anders sagen.

(Beifall, Zurufe)

Frau Ditfurth, was Sie tun, ist das, was Sie oft tun. Sie instrumentalisieren ein humanitäres Thema für Ihre Zwecke und das merken die Menschen.

(Beifall, Zurufe)

Deshalb sind auch Ihre Wahlergebnisse so beeindruckend.

(Beifall)

Ich würde gerne etwas zu der Frage des Winterabschiebestopps sagen. Man muss sich einmal ein bisschen kundig machen, über was wir reden, Herr Kliehm. Ende des Jahres 2014 haben den Abschiebestopp im Wesentlichen zwei Länder gemacht, nämlich Schleswig-Holstein und Thüringen. Beide Länder hatten den Winterabschiebestopp bis zum 31. März 2015 beschlossen. Er galt für 15 Länder, in denen damals offensichtlich ein sehr harter Winter herrschte. Ich muss Ihnen nicht sagen, wer in Thüringen als Ministerpräsident regiert - Nachname: Ramelow, Vorname: Bodo, Partei: DIE LINKE. Beide Länder haben jetzt gesagt, ...

(Zurufe)